

19. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Ein Start-up-Zentrum für Berlin: Einen zentralen Ort für Gründer schaffen, Innovationskultur stärken und Berlin als Start-up-Hauptstadt voranbringen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird ersucht, in Abstimmung mit den Hochschulen und mit den Partnern aus der Wirtschaft die Idee eines zentralen Orts für das Berliner Start-up-Ökosystem auf seine Realisierbarkeit hin zu prüfen und ein tragfähiges Konzept zur Umsetzung zu entwickeln. Dieses Konzept soll u. a. die spezifischen Anforderungen, die Standortsuche und die Entwicklung des Projekts durch private Investoren umfassen. Dabei soll die STATION F in Paris als Vorbild dienen. Ziel ist es, den Aufbau eines langfristig tragfähigen Start-up-Zentrums mit Ausstrahlung auf ganz Deutschland und darüber hinaus auf der Basis einer Public Private Partnership anzustoßen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. August 2026 zu berichten.

Begründung

Verena Pausder, die Vorsitzende des Bundesverbandes Deutsche Startups e. V. (Startup-Verband), skizzierte in einem Gastbeitrag im Tagesspiegel ihre Vision eines Gründer-Campus.¹ Prof. Dr. Stefanie Molthagen-Schnöring (HTW Berlin) griff als Anzuhörende bei einer Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung die Forderung von Pausder auf und schlug einen zentralen Start-up-Hub für das Berliner Start-up-Ökosystem vor.² Beide sehen die

¹ Verena Pausder (Gastbeitrag): [Verena Pausders Vision für 2030: „Berlin braucht einen Gründer-Campus wie Paris“](https://www.tagesspiegel.de/berlin/berlin-braucht-einen-gruender-campus-wie-paris/25111188.html), 15.03.2025, tagesspiegel.de, abgerufen am 27.12.2025.

² Stefanie Molthagen-Schnöring (HTW Berlin; Vizepräsidentin für Forschung, Transfer und Wissenschaftskommunikation): „Vielleicht haben Sie auch am vorletzten Wochenende den Kommentar von Verena Pausder, der Vorstandsvorsitzenden des Bundesverbands Deutsche Startups, im Tagesspiegel gelesen, in dem sie einen

STATION F in Paris als Vorbild. Auch die IHK Berlin forderte in einem Positionspapier ein „neues berlinweites Entrepreneurship Zentrum für Ausgründungen und unternehmerische Talente aus der Wissenschaft“, das „in Form einer Public Private Partnership zwischen Wissenschaft und Wirtschaft aufgebaut“ werden solle.³ Diesen Forderungen aus der Fachwelt trägt der vorliegende Antrag Rechnung.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe hat auf seiner Ausschussreise nach Paris im Mai 2025 die Station F in Paris besucht und sich von den Vorteilen eines zentralen Start-up-Zentrums überzeugen können.

Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist dabei klarzustellen, dass ein solches Start-up-Zentrum kein Instrument staatlicher Innovationslenkung oder industriepolitischer Steuerung sein darf. Aufgabe des Landes Berlin kann und darf es ausschließlich sein, ordnungspolitische Rahmenbedingungen zu setzen, infrastrukturelle Voraussetzungen zu schaffen und funktionierende Schnittstellen zwischen Wissenschaft, Kapital und Markt zu ermöglichen. Die Entwicklung von Geschäftsmodellen, die Auswahl technologischer Pfade sowie Erfolg oder Misserfolg von Entscheidungen müssen hingegen dem Wettbewerb und der Marktselektion überlassen bleiben.

Die Vorteile eines zentralen, branchenübergreifenden Ortes, der Gründungen von der ersten Idee bis zum internationalen Erfolg begleitet, liegen auf der Hand: „Ein zentraler Ort bietet vor allem eins: Orientierung“, erklärt Franziska Teubert, die Geschäftsführerin des Startup-Verbands. „Egal, ob es um Förderprogramme, erste Finanzierungsrunden, Behördenkontakte oder internationale Rekrutierung geht – Gründer:innen hätten eine zentrale Anlaufstelle, die sie durch alle Phasen begleitet.“ Angebote der Stadt, von Hochschulen und von Partnern würden so gebündelt – statt fragmentiert. „So wird aus dem Ort ein echtes Sprungbrett ins Startup-Ökosystem – offen, zugänglich und effizient.“⁴

Gerade diese Bündelung darf jedoch nicht zu einer weiteren Verstaatlichung unternehmerischer Prozesse führen. Ziel muss vielmehr eine Konzentration auf Effizienz, Transparenz und Marktanschluss sein. Ein Start-up-Zentrum darf kein dauerfinanziertes Subventionsbiotop werden, sondern muss sich auf Dauer selbst tragen und sich an den messbaren wirtschaftlichen Ergebnissen seiner Kunden orientieren, etwa an erfolgreichen Markteintritten, Anschlussfinanzierungen, industriellen Kooperationen und Exits.

Bislang sitzen die Mitarbeiter der Science&Startups GmbH und von UNITE verteilt an den Hochschulen. Diese Anbindung an die Hochschulen ist auch sinnvoll und sollte erhalten bleiben. Nichtsdestoweniger stellt diese Fragmentierung auch ein Problem dar. Ziel muss die Schaffung einer übergeordneten Koordinierungsstruktur sein, die Doppelstrukturen abbaut, Ressourceneinsatz effizienter gestaltet und Wettbewerb zwischen Konzepten statt zwischen Verwaltungseinheiten ermöglicht. Gleichzeitig darf ein solches „Berliner Regime“ nicht mit einer Vereinheitlichung von Inhalten verwechselt werden. Vielfalt, Wettbewerb und Spezialisierung sind zentrale Erfolgsfaktoren funktionierender Innovationsökosysteme.

Berlin verfügt bereits über ein starkes Start-up-Ökosystem mit Einrichtungen wie dem Startup Incubator Berlin (SIB) an der HWR Berlin und der UNITE – Startup Factory Berlin-Brandenburg für wissenschaftsbasierte Gründungen. Das Berliner Start-up-Ökosystem hat eine starke

zentralen Ort wie die STATION F in Paris für das Berliner Gründungsökosystem vorschlägt. Ich bin überzeugt, es braucht Orte – und ich benutze hier sehr bewusst den Plural – der Begegnung und Vernetzung für frische Ideen und Innovationen, seien es Co-Working-Spaces, Makerspaces oder die Labore an Forschungseinrichtungen, insbesondere für die Deeptech-Start-ups.“ [Wortprotokoll WissForsch 19/48](#), 24.03.2025, S. 7 f.

³ [Position: Mit starkem Hochschul-Transfer in die Zukunft Berlins investieren](#), [ihk.de](#), abgerufen am 27.12.2025.

⁴ Efthymis Angeloudis: [Hilfe! Wie gründe ich ein Startup?](#) 25.04.2025, [rbb24.de](#), abgerufen am 27.12.2025.

Basis, steht aber national und international in starker Konkurrenz, gegen die man sich behaupten muss. Dies mahnte auch Marian Schreier (IHK Berlin) im Ausschuss für Wissenschaft und Forschung an: „Wenn wir uns jetzt hier Berlin im Spezifischen anschauen, dann sind wir zwar noch Startup-Hauptstadt, aber der Bereich der wissenschaftsnahen Ausgründungen – dort haben wir erhebliche Konkurrenz von anderen Standorten auch innerhalb Deutschlands.“⁵ Bei Deep-Tech-Start-ups, bei wissenschaftsnahen Ausgründungen liegt München mittlerweile vor Berlin. Im Jahr 2022 wurden mehr junge Wachstumsfirmen in Bayern gegründet als in Berlin: In Berlin entstanden 540 Start-ups, während in Bayern 571 gezählt wurden, so heißt es in der Studie, die sich auf Einträge im Handelsregister stützt.⁶ Mitte Januar 2025 berichtete die Presse sodann darüber, dass Bayern bei der Summe des Wagniskapitals Berlin überholt habe, gestützt auf eine Analyse der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft EY (Ernst & Young): Start-ups aus Bayern sammelten laut Studie 2,33 Milliarden Euro Wagniskapital ein, gut 600 Millionen Euro mehr als 2023. Wachstumsfirmen aus Berlin erhielten 2,17 Milliarden (ein Minus von 200 Mio.). Damit zog Bayern erstmals an Berlin vorbei, heißt es in der Studie, die seit 2014 erscheint und auf der Datenbank „Crunchbase“ sowie Mitteilungen von Start-ups und Investoren basiert. In der Deep-Tech-Branche haben bayerische Gründer eine Vorreiterrolle gewonnen, obgleich Berlin insgesamt noch die Start-up-Hauptstadt ist. Der Tenor lautet: Bayern baut Hardware, Berlin entwickelt Computerprogramme.⁷

Diese Entwicklung ist nicht allein durch bessere Förderstrukturen erklärbar, sondern verweist auf grundlegende Standortnachteile Berlins: hohe Energiepreise, komplexe Genehmigungsverfahren, steuerliche Belastungen, Fachkräftemangel sowie eine ineffiziente Verwaltung. Ein zentrales Start-up-Zentrum in Berlin kann diese strukturellen Defizite nicht ersetzen, ausgleichen, kann aber Teil einer Offensive zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Berlin sein. Es muss eingebettet sein in eine umfassende wirtschaftspolitische Strategie zur Verbesserung der Standortbedingungen, insbesondere durch Bürokratieabbau, beschleunigte Verfahren und das One-Stop-Shop-Prinzip für Gründer.

Auch beim bestehenden Start-up-Ökosystem gibt es Verbesserungsbedarf hinsichtlich der nachhaltigen Wirkung von Förderungen: In Deutschland werden jährlich etwa 300.000 Start-up-Unternehmen gegründet, langfristigen Erfolg hat aber nur jedes zehnte. Diese Zahlen machen deutlich, dass staatliche Förderpolitik allein keinen unternehmerischen Erfolg erzeugen kann. Vielmehr besteht die Gefahr von Fehlanreizen, bei denen nicht marktfähige Geschäftsmodelle künstlich am Leben gehalten werden und privates Kapital verdrängt wird. Öffentliche Förderung sollte daher konsequent als Hebel für private Investitionen ausgestaltet werden, etwa durch Matching-Modelle, zeitliche Befristungen und klare Erfolgskriterien.

Bei der Stärkung der Start-up-Szene in Berlin muss es darum gehen, Forscher frühzeitig mit der Logik des Marktes vertraut zu machen. Nicht selten arbeiten Forscher lange Jahre ohne Kundenfeedback an einer Lösung und denken erst im Anschluss daran über eine mögliche Kommerzialisierung nach. Dabei bleibt eine ergebnisoffene Grundlagenforschung eine zentrale Voraussetzung für langfristige Innovation. Umso wichtiger ist eine klare institutionelle Trennung zwischen freier Forschung und marktorientiertem Transfer, bei dem frühzeitige Kundenvalidierung, industrielle Partnerschaften und Investorenfeedback verbindlich vorgesehen sind.

⁵ Wortprotokoll WissForsch 19/46, 24.02.2025, S. 11 f.

⁶ [Start-up-Gründungen brechen ein: Bayern überholt Berlin](#), 02.05.2023, sueddeutsche.de, abgerufen am 27.12.2025.

⁷ Vgl. Lisa Ksienzyk: [Warum Münchens Milliarden-Erfolg Berlin nicht entthront](#), 14.01.2025, wiwo.de, abgerufen am 27.12.2025.

Beratung zu Transfer und Existenzgründung muss umfassend gedacht werden. Existenzgründungsberatung trägt dazu bei, die Erfolgswahrscheinlichkeit zu erhöhen, messbar mittels des 4T-Scoring-Modells. Aus wirtschaftspolitischer Sicht sollte der Fokus stärker auf unternehmerischer Selektion liegen. Neben Pre-Seed-Förderung und Coaching braucht es bewusst eingeplante „Kill-or-Pivot“-Entscheidungspunkte, um Fehlinvestitionen zu begrenzen und Ressourcen auf tragfähige Geschäftsmodelle zu konzentrieren. Ziel sollte eine langfristige Begleitung erfolgreicher Unternehmen sein, nicht die Maximierung von Gründungszahlen um ihrer selbst willen.

Darüber hinaus ist die strukturelle Schwäche des deutschen Venture-Capital-Marktes offen zu benennen. Berlin leidet nicht an Ideen, sondern an Kapitalverfügbarkeit, regulatorischen Hemmnissen und institutioneller Risikoaversion. Notwendig sind Reformen, die privates Vorsorge- und Beteiligungskapital für Wagnisfinanzierungen öffnen, steuerliche Benachteiligungen abbauen und Berlin als Experimentierfeld für VC-freundliche Rahmenbedingungen positionieren.

Ein wichtiger Baustein zur Förderung von Innovation liegt darin, dass Menschen mit Ideen und Know-how Räume zur Entfaltung finden. Das geforderte Start-up-Zentrum sollte großräumige Co-Working-Flächen, Prototyping-Labore, Beratungs- und Vernetzungsangebote umfassen. Dabei ist sicherzustellen, dass der Zugang zu diesen Strukturen wettbewerbsneutral erfolgt und nicht an politische oder ideologische Zielvorgaben geknüpft wird. Innovation benötigt Technologieoffenheit, unternehmerische Freiheit und Wettbewerb – nicht die Durchsetzung vorgegebener Transformations- oder ESG-Agenden.

Innovative Ideen müssen auch nicht zwingend in ein Start-up münden. Die Kooperation mit bestehenden Unternehmen kann im Einzelfall zielführender sein. Deshalb bedarf es neben einer Start-up-Strategie auch einer klaren Transferstrategie, die marktwirtschaftliche Kooperationen zwischen Hochschulen und Mittelstand stärkt und Innovationsprozesse dort verankert, wo Wertschöpfung tatsächlich stattfindet.

Berlin, den 18. Januar 2026

Dr. Brinker Wiedenhaupt Trefzer Hansel
und die weiteren Mitglieder der AfD-Fraktion